

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 28 (1948-1949)
Heft: 5

Artikel: Grundfragen der europäischen Wirtschaftsunion
Autor: Röpke, Wilhelm
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159659>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GRUNDFRAGEN DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSUNION

VON WILHELM ROPKE

I.

Es ist eine der schlimmsten Krankheitserscheinungen unserer Epoche, daß man sich nicht mehr die Zeit nimmt, ein Problem in aller Ruhe im stillen Kämmerlein durchzudenken und nach dem Grundsätzlichen zu fragen, um das es sich handelt. Mit immer gleicher Begeisterung wirft man sich heute auf dieses und morgen auf jenes Schlagwort, in dem Wahn, daß man irgend ein Ziel nur zu formulieren brauche, um weiteren unbequemen Nachdenkens enthoben zu sein. Sehr oft ist dieses Ziel aufs höchste zu billigen. Um so schlimmer aber ist es, wenn man sich Hals über Kopf in den Strom der Vereine, Konferenzen und Resolutionen stürzt, ohne sich über die Natur des Zieles und die rechten Mittel, die zu ihm führen, innerlich klar geworden zu sein. Man nimmt gar zu leicht den Schein für die Wirklichkeit; man betrügt sich und andere mit Phrasen und Attrappen; man lebt von der Hand in den Mund, im Denken wie im Handeln; man verlernt es, prinzipiell zu denken, und tut sich auf diese freiwillige Verstandesbremsung gar noch etwas zugute; man weiß nicht mehr, was man eigentlich will oder wollen sollte, oder man will gleichzeitig Dinge, die miteinander unvereinbar sind wie Planwirtschaft und Freiheitsrechte oder internationale Gemeinschaft und Potenzierung der nationalen Souveränität durch staatlich zentralisierte Wirtschaftsverwaltung. Man stellt großartige Wirtschaftspläne auf, für deren Durchführung die wichtigsten Voraussetzungen fehlen. Man stürzt sich auf die neuen amerikanischen Milliarden des Marshallplanes, ohne daß mehr als einige *unhappy few* sich zu fragen scheinen, warum denn wohl die früheren versickert sind, und ohne daß sich inmitten der neuen großen Geschäftigkeit im Planen und Organisieren viele noch um die Prinzipien der wirtschaftlichen Ordnung kümmern würden, um die es geht und von denen der Erfolg der amerikanischen Hilfe abhängt. In der Hilflosigkeit, die man sich natürlich nicht eingesteht, wählt man Kommissionen und Subkommissionen und eilt von einer Konferenz zur anderen, und dann gibt man vor, mit den nichtssagenden oder gar durch und durch widerspruchsvollen Resolutionen zufrieden zu sein. Früher oder später aber muß einer solchen gedankenlosen Begeisterung für irgendeine «*idée généreuse*» die lähmende Enttäuschung folgen, und das Ende ist, daß nicht nur Kraft, Zeit und Geld verschwendet worden sind, sondern sogar das Ziel selber als kompromittiert erscheint.¹

Vielleicht läßt sich diese gefährliche Tendenz unserer Zeit nirgendwo so deutlich verfolgen wie am Beispiel des Projektes einer europäischen Föderation. Kaum ein Gedanke ist heute populärer, und glücklicherweise gilt diese Begeisterung einem guten und hohen Ziele. Nur wenige bestreiten noch, daß die Einigung unseres Kontinents und die Zusammenfassung seiner Kräfte zur Bedingung dafür geworden sind, daß Europa sich fernerhin politisch, wirtschaftlich und geistig wird behaupten können. Allzuvielen aber scheint das zu genügen, und der Rest ist für sie Propaganda, Organisation und Paragraphenkunst. Sie hantieren mit dem Begriff «Föderation», als ob es sich um die einfachste Sache von der Welt handle. Sie scheinen unberührt von der Einsicht, daß eine so edle Frucht nicht mühelos gepflückt werden kann, sondern an viele und schwierige Bedingungen geknüpft ist, die am Beispiel der Schweiz so besonders gut studiert werden können. Sie geben uns den Eindruck, als wüßten sie nicht, daß diese Frucht nur auf dem Humus einer Gesellschaft gedeihen kann, die noch eine durchgängige Gliederung in echte kleine Gemeinschaften aufweist, und von der Philosophie der Toleranz, des liberalen Geltenlassens, des Respektes vor dem Anderen, der Liebe zum Kleinen und Mannigfaltigen, des Abscheus vor der Herrschaft des Apparats über den Menschen und der gegenseitigen Rücksichtnahme erfüllt ist. Föderalismus muß wie die Wohltätigkeit zu Hause beginnen. Es handelt sich um ein Aufbauprinzip der Gesellschaft, das auf den höheren Stufen nur möglich ist, wenn es auch für die unteren gilt, von den kleinsten Einheiten bis hinauf zum Gesamtstaat.

So kann das Werk des europäischen Föderalismus — wenn anders es sich hier nicht um ein gedankenlos oder unehrlich gebrauchtes Schlagwort mit unbestimmtem Inhalt handelt — schwerlich gelingen, wenn nicht bereits die einzelnen europäischen Nationen vom Geiste eines echten Föderalismus erfaßt sind und ihm nachleben. Davon ist aber heute wenig genug zu spüren, wenn man von einzelnen Ausnahmen wie der Schweiz, Österreich oder einem hoffentlich nicht bedeutungslosen Teile der deutschen öffentlichen Meinung absieht. Noch ärger aber ist es, daß so viele Verfechter des europäischen Föderalismus keinen Widerspruch darin sehen, wenn sie gleichzeitig auf der Ebene des Nationalstaates Vertreter des Zentralismus sind. Für Europa sprechen sie von Föderalismus, während sie den föderalistischen Tendenzen innerhalb ihres eigenen Landes ablehnend, mißtrauisch oder mit Verachtung gegenüberstehen. Unser Kontinent bietet uns das seltsame Schauspiel, daß man täglich den internationalen Föderalismus feiert, während gleichzeitig fast überall der nationale Zentralismus triumphiert.

II.

Der schlimmste Widerspruch enthüllt sich uns jedoch, wenn wir uns den *wirtschaftlichen* Voraussetzungen des europäischen Föderalismus zuwenden. Wir stoßen hier sofort auf die bestürzende Tatsache, daß sehr viele seiner Anhänger zugleich ein Wirtschaftssystem für ideal halten, das damit gänzlich unvereinbar ist. Die Kongresse des europäischen Föderalismus sind mit Menschen bevölkert, die entweder irgendeiner Form des Sozialismus anhängen oder es für zeitgemäß halten, ihn gewähren zu lassen, und sie wissen nicht, daß die Hauptschwierigkeit, die heute jeder echten Internationalisierung des Wirtschaftsverkehrs und damit jeder wirklichen Gemeinschaft der europäischen Völker im Wege steht, die «sozialistische» Wirtschaftsstruktur der meisten Länder ist. Wie geht das zu?

Um das zu verstehen, muß man eben das tun, was allzuvielen angesichts derartiger Probleme unterlassen: man muß den Dingen auf den Grund gehen und nach dem Prinzipiellen fragen. Dann finden wir, daß der Sozialismus im Gegensatz zur Marktwirtschaft in einer Politisierung — einer Verstaatlichung — des Wirtschaftslebens besteht. Das heißt, daß er das Wirtschaftsleben zu einem Prozeß macht, der von der befehlenden und die Befolgung ihrer Befehle erzwingenden politischen Instanz bewußt gesteuert wird. Das bedeutet nun ferner, daß es so viele zwangsweise gesteuerte Wirtschaftseinheiten gibt, wie unabhängige politische Instanzen vorhanden sind, die ihren Willen mit den Machtmitteln der Obrigkeit durchsetzen können. Innerhalb dieses Befehlsbereichs herrscht nur ein einziger Wille, hinter dem die aufs äußerste konzentrierte Macht der Obrigkeit steht. Um so schärfer aber muß der Gegensatz zu den anderen kollektivistischen Einheiten sein. *Sozialismus wirkt also machtkonzentrierend nach innen und auflösend nach außen.* Die Konzentration der wirtschaftlichen Macht innerhalb eines begrenzten Gebietes muß mit der Zersetzung der höheren Gemeinschaften erkaufte werden. Wird innerhalb eines nationalen Staatsgebietes diese sozialistische Befehlswirtschaft nicht mehr von der Zentralregierung gelenkt, so zerfällt die Volkswirtschaft in ebensoviele Regionalwirtschaften, wie es befehlende und in letzter Instanz entscheidende Lenkungszentralen gibt. Der experimentelle Beweis hierfür ist in Deutschland seit 1945 geliefert worden, und zwar in einer so überzeugenden Form, daß dieser Fall als klassisch in die Wirtschaftsgeschichte einzugehen verdient. Umgekehrt gilt aber auch, daß eine Zentralregierung in einem sozialistischen Wirtschaftssystem den Gebietskörperschaften (Gemeinden, Kantonen, Ländern, Bundesstaaten) nicht mehr das Minimum an Eigenleben zugestehen kann, ohne das der Föderalismus zu einer Lüge wird.

Innerhalb eines Staates sind also Sozialismus und Föderalismus einander ausschließende Dinge: entweder nämlich ist der Sozialismus regional, dann zerstört er die höhere Gemeinschaft (wie im Falle der kollektivistischen Zonenwirtschaften in Deutschland), oder aber er ist national, dann vernichtet er die niederen Gemeinschaften. Entweder löst er den Föderativstaat in seine Glieder auf oder die Glieder in der Zentralregierung. Deshalb ist der «Föderalismus» eines kollektivistischen Staates wie Rußlands oder Jugoslawiens nicht mehr als eine propagandistische Fiktion, die wie alle solche Fiktionen auf die unüberbietbare Gedankenlosigkeit unserer Zeit berechnet ist. Eine andere wichtige Folgerung ist, daß man sich heute in einem Lande wie Deutschland zwischen einem echten Föderalismus — der weder ein verkleideter Zentralismus noch ein auflösender Separatismus ist — und dem Sozialismus entscheiden muß. Man kann nicht beides zugleich und dem Sozialismus entscheiden muß. Man kann nicht beides zugleich haben, und wir müssen den eindeutig zentralistisch gesinnten deutschen Sozialdemokraten das Zeugnis ausstellen, daß sie die Notwendigkeit einer Wahl begriffen haben und ehrlich genug sind, sich gegen den Föderalismus zu entscheiden. Freilich darf man bezweifeln, ob sie die volle Tragweite dieser ehrlichen Entscheidung erkennen. Sie bedeutet nämlich nicht weniger als das ungewollte Eingeständnis, daß der Sozialismus für jede nächsthöhere Stufe der politischen Organisation ein gemeinschaftssprengendes Prinzip ist. Wenn nämlich der Sozialismus auf der nationalen Stufe mit dem Föderalismus nicht vereinbar ist, warum sollte er es auf der internationalen sein?

In der Tat ist der *internationale* Föderalismus so wenig wie der nationale mit einer sozialistischen Wirtschaftsstruktur vereinbar. Falls es dessen noch bedurft hätte, ist nun auch für diese These ein experimenteller Beweis geliefert worden: die drei Staaten Belgien, Niederlande und Luxemburg («Benelux») wünschen jene Verschmelzung ihrer Volkswirtschaften, die man im 19. Jahrhundert als «Zollunion» bezeichnet hat, und sie haben sich mit edler Begeisterung ans Werk gemacht. Die ersten Etappen, bei denen es sich um die Vereinheitlichung des Zollregimes handelt, haben sich als überraschend leicht herausgestellt, aber man hat nicht lange zu der Entdeckung gebraucht, daß solche eigentlichen Zollunionen heute gerade deshalb verhältnismäßig leicht geworden sind, weil der eigentliche Kampfplatz der Handelspolitik von dem Gebiet der altmodisch und vergleichsweise harmlos gewordenen Zollpolitik auf ein ganz anderes Terrain verlegt worden ist. Zwischen mehr oder weniger kollektivistischen Staaten sind die Zollschränken verhältnismäßig unwichtig geworden. *Auch wenn sie völlig beseitigt würden, bleibt immer noch das ganze System der kollektivistischen Plan- und Zwangswirtschaft, und es bleibt vor allem auch die Abschließung der nationalen Geldsysteme durch die Devisen-*

kontrolle. Erst wenn das alles gleichfalls vereinigt wäre, könnte man von einer mehr als bloß optischen Wirkung der Zollunion sprechen. Erst dann würde das Ziel erreicht werden, dem in der früheren Zeit der vorherrschenden Marktwirtschaft die Zollunion gedient hat: die wirtschaftliche Verschmelzung zweier Länder zu einer einzigen «Volkswirtschaft».

Auch die Zollunionen jener liberalen Vergangenheit waren so schwierig, daß es selten genug dazu gekommen ist, und auch dann nur zwischen Völkern, die sich bereits politisch oder geistig verbunden fühlten, bevor sie sich auch wirtschaftlich verbanden. Um diese Schwierigkeit zu verstehen, muß man bedenken, daß zwei Länder, die sich als Glieder einer Zollunion gegenseitig ihre Grenzen öffneten, damit zugleich ihre Wirtschafts- und Geldsysteme gegenüber der Außenwelt verschmolzen. Auch damals also bedeutete eine Zollunion nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Integration und eine entsprechende Beeinträchtigung der staatlichen Souveränität. Aber diese Aufgabe muß uns im Lichte der heutigen Erfahrungen von einer beneidenswerten Leichtigkeit erscheinen. Wurden zwischen den in Frage stehenden Ländern die Zölle beseitigt, so gab es kaum noch weitere Hindernisse für den freien Strom des Wirtschaftsverkehrs über eine Grenze hinweg, die jetzt unsichtbar wie eine Provinzgrenze geworden war. Es gab daher auch keine weiteren wesentlichen Fragen der Wirtschaftspolitik, in denen die sich verbindenden Länder das Opfer ihrer Souveränität zu bringen gehabt hätten. Waren die nationalen Wirtschaftssysteme nicht wie heute «politisiert», so brauchte auch ihre Verschmelzung keinen umwälzenden politischen Akt zu bedeuten. Aus demselben Grunde mußte auch die monetäre Verschmelzung keine Schwierigkeiten bereiten, da die vorherrschende Goldwährung als ein «internationales», «marktwirtschaftliches» und daher wesentlich «unpolitisches» Währungssystem der staatlichen Souveränität ohnehin nur den geringen Spielraum der innerhalb der «Goldpunkte» sich bewegenden Kreditpolitik ließ. Unter diesem System hätte selbst ein Verzicht auf eine Verschmelzung der Währungen die Wirtschaftsunion der betreffenden Länder nicht zu vereiteln brauchen.

III.

Nachdem an die Stelle der alten liberalen Wirtschaft die mehr oder weniger kollektivistische getreten ist, sind die Schwierigkeiten der Aufgabe, aus einer Zollunion eine wirkliche Wirtschafts- und Geldunion zu machen, ins Riesenhafte gewachsen. Ist die Volkswirtschaft «politisiert», so bedarf es zu ihrer Vereinigung mit einer anderen der Verschmelzung der politischen Instanzen, die den Wirt-

schaftsprozess steuern, d. h. einer Verschmelzung der beiden Regierungen zu einem einheitlichen Staat.

Hier aber wird sofort der entscheidende Punkt sichtbar. Es erhebt sich nämlich die Frage, was eine solche politische Union bedeutet und welche Aussichten dafür bestehen. Man könnte ja meinen, daß diese politische Union, zu der die kollektivistische Struktur der zu verschmelzenden Volkswirtschaften zwingt, ein ebenso edles wie erreichbares Ziel sei, und wahrscheinlich ist das die Vorstellung, mit der die sozialistischen Vertreter des europäischen Föderalismus sich beruhigen, wenn sie begriffen haben, daß der heutige nationale Sozialismus mit seiner Planwirtschaft, seiner Devisenkontrolle und seiner Lenkung des Außenhandels das schwerste Hemmnis eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas ist. Solche Sozialisten scheinen keine Mühe zu haben, sich eine sozialistische Föderation Europas vorzustellen. Aber wir müssen ihnen sagen, daß sie sich einer Illusion hingeben.

Um das recht zu erkennen, erinnern wir uns an den Fall des nationalen Föderalismus, den wir untersucht haben. Wir sehen leicht, daß eine politische Union, wie sie heute im Zeichen des Kollektivismus zur Erzielung einer internationalen Wirtschaftsgemeinschaft notwendig ist, den betreffenden Staaten — also im Falle der «Benelux»: den drei genannten Ländern — nicht einmal mehr dasjenige Maß an Eigenleben lassen könnte, dessen sich die schweizerischen Kantone gegenüber Bern erfreuen. Der Superstaat könnte keine Föderation sein. Er müßte streng zentralistisch sein und mit nationalem Eigenleben und nationaler Selbstverwaltung kurzen Prozeß machen. Er würde von den heute souveränen Staaten einen Grad der Unterwerfung unter die dirigierende, befehlende und Gehorsam erzwingende Zentrale fordern, den sich Genf gewiß nicht von Bern gefallen ließe. Danach mag man ermessen, welche Aussichten die *freiwillige* Bildung einer solchen politischen Union haben würde, selbst unter den psychologisch besonders günstigen Umständen der drei Beneluxländer. Es braucht nur jeder einzelne von uns sich zu fragen, wieviel Begeisterung er selber für einen solchen maximal zentralistischen und bis ins einzelne dirigierenden Superstaat aufbringen würde. Es ist klar, daß er nicht freiwillig, sondern nur durch Zwang und Hegemonie zustande kommen könnte. Internationale Wirtschaftsvereinigung im Zeichen des Sozialismus bedeutet keine freiwillige Genossenschaft Gleichberechtigter, sondern Wirtschaftsimperium und «Großraum». Sie muß von einem Hitler oder Molotow zusammengeschmiedet werden. Da nun aber gerade der höchste Sinn der europäischen Vereinigung darin liegt, uns diese «terribles simplificateurs» vom Leibe zu halten, so müssen wir den Fall des sozialistischen «Großraums» ausschalten. Wir kommen damit zu dem Schluß, daß der Sozialismus die politische Ver-

einigung Europas zur Bedingung der wirtschaftlichen macht, sie aber zugleich verhindert, da er zu einer Form der Vereinigung — der imperialen statt der föderativen — zwingt, die dem Lebensgesetz Europas widerspricht und die Vereinigungsbestrebungen ihres eigentlichen Sinnes beraubt. Solange die sozialistische Wirtschaftsstruktur vorherrscht, scheitert die politische Union an demselben Umstand, der sie im Interesse der wirtschaftlichen Vereinigung notwendig macht: am vorherrschenden Sozialismus. Wenn schon eine wachsende Zahl von Holländern ungern den Gedanken erträgt, daß eine Handvoll ihrer eigenen Landsleute im Haag ihnen Tag für Tag im einzelnen vorschreibt, was sie zu tun und was sie zu unterlassen haben, was sie kaufen oder verkaufen dürfen und was nicht, wie soll man sich vorstellen, daß sich die Belgier freiwillig einer solchen Behörde unterwerfen würden? Zweifelt irgendein Sozialist daran, daß eine echte Föderation die einzige Form ist, unter der bestenfalls ein politischer Zusammenschluß der europäischen Völker, ja sogar ein solcher der Benelux-Länder, auch nur vorstellbar ist? Gerade diese Form aber wird durch den Sozialismus streng und eindeutig ausgeschlossen.

Es liegt eine geradezu tragische Ironie darin, daß der Sozialismus die Schwierigkeiten einer politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft der europäischen Völker, die ohnehin groß genug sind, unüberwindlich machen muß. Nun ist aber eine solche Gemeinschaft ein Ziel von äußerster und überragender Dringlichkeit, zumal unser Kontinent sich ja gerade gegen einen kollektivistischen «Großraum» aufs neue behaupten muß. Also wird man sich entschließen müssen, den Sozialismus aufzugeben. Will man sich den anderen Gründen nicht beugen, die gegen ihn sprechen, so wird man sich doch mit unausweichlicher Logik vor die Wahl zwischen Sozialismus und internationaler Gemeinschaft gestellt sehen, und die Hoffnung ist vielleicht nicht ganz unbegründet, daß sich in Europa schließlich genügend Sozialisten finden werden, die nicht bereit sind, die internationale Gemeinschaft dem Sozialismus zu opfern¹⁾.

¹⁾ Wenn es zutrifft, daß jüngst die holländische Regierung auf Drängen der belgischen einen Abbau des Kollektivismus versprochen hat, um endlich den Weg zu einer wirklichen Wirtschaftsunion der Benelux-Länder freizugeben, so hätten wir bereits ein erstes Beispiel dafür, wie sich die im Text entwickelte Logik praktische Beachtung erzwingt. Dieses Beispiel ist um so eindrucksvoller, als die belgische Regierung unter sozialistischer Führung steht.